

Matthias Mierel

MAGAZIN



Volle Kraft für Infrastruktur & Energieversorgung: unser Arbeitsprogramm 2023

Stell dir vor, alle haben das gleiche Ziel, alle ziehen an einem Strang – und es kommt tatsächlich flott voran! Ist das die Regel? Nein, leider nicht. Wenn ich mich vor Ort mit Bürgerinnen und Bürgern, mit Verantwortlichen in den Kommunen, Unternehmen und Institutionen unterhalte, dann wird in verschiedenen Bereichen über genau das Gegenteil geklagt: Vom Infrastrukturprojekt über den Bauantrag bis zur Förderung klimafreundlicher Innovation durch den Bund – alle wollen es, aber bis zur Umsetzung vergehen oft Jahre.

Unter anderem zu dieser Problematik haben wir als SPD-Bundestagsfraktion bei unserer Klausurtagung am 12. und 13. Januar intensiv diskutiert und Beschlüsse gefasst, wie wir da voran kommen wollen. Denn die durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine ausgelöste Krise hat gezeigt, dass es auch anders geht, wenn bürokratische Prozesse vereinfacht und beschleunigt werden. So haben wir es innerhalb

weniger Monate geschafft, unsere Energieversorgung weitgehend unabhängig von russischem Öl und Gas zu machen. Ebenfalls in sehr kurzer Zeit wurden LNG Terminals errichtet, weitere werden schnell folgen. Auch außerhalb der Energiekrise hat ein Projekt wie die Gigafactory von Tesla in Brandenburg gezeigt, dass es deutlich zügiger gehen kann.

Bereits mit den Beschleunigungsmaßnahmen zum Ausbau der Windenergie sind wir wichtige Schritte gegangen. Weitere sollen folgen. So wollen wir z. B. vor Ort die Verwaltungen bei großen Projekten mit externem Personal unterstützen. Für die Energiewende soll das Wind-an-Land Gesetz nochmal nachgeschärft, Photovoltaik Standard bei Neubauten und der Einsatz von Wasserstoff das zweite Standbein werden.

Das Tempo, das wir bei der Genehmigung der LNG-Terminals mit beschleunigten Verfahren erreicht haben, soll soweit wie möglich auch bei anderen Infrastrukturprojekten wie Anlagengenehmigung, dem Bau von Wohnungen und Gewerbebauten oder Verkehrswegen erreicht werden. Um das zu schaffen, wollen wir Mehrfachprüfungen abbauen und die blockierende Wirkung von Rechtsstreitigkeiten verkürzen. All dies natürlich ohne dabei die Bürgerbeteiligung zu vernachlässigen.

Ein weiteres Herzensanliegen – besonders für den Wahlkreis - ist für mich die Verbesserung von Programmförderungen des Bundes für die Kommunen. Vom Denkmalschutz über die Sanierung von Einrichtungen bis hin zu Forschungsprojekten. Das Dickicht der Programme ist groß, die Ausschreibungsverfahren nicht immer einfach, die Übersicht über die unterschiedlichen Möglichkeiten

verbesserungswürdig. Auch an diesem Punkt wollen wir was tun: Die Vergabe, Verteilung und Abrechnung der einzelnen Förderungen sollen daher vereinfacht und übersichtlich dargestellt werden.

Verfahrensvereinfachungen streben wir auch bei Projekten der Verkehrsinfrastruktur an, insbesondere beim Erhalt von Brücken, Tunneln und Schleusen. Gleiches gilt beim Breitband- und Mobilfunkausbau, sowie bei der Digitalisierung von Bauanträgen.

Und worüber haben wir sonst noch bei der Auftaktklausur debattiert? Es ging beispielsweise um die Frage, wie eine sozialdemokratisch geprägte europäische Industriestrategie aussehen kann. Dabei standen die Forderungen nach neuen, auf gemeinsamen Werten basierende Rohstoffpartnerschaften und Handelsabkommen im Fokus. Aber auch der europäische Binnen- und Energiemarkt müssen gestärkt und die globale Wettbewerbsfähigkeit ausgebaut werden.

Dies alles unter dem übergeordneten Ziel, die Industrie in Europa weiter auf dem Kurs Richtung Klimaschutz zu bringen und die Arbeitnehmerrechte zu stärken.

Außerdem ging es um internationale Sicherheitspolitik und gute Politik für Familien. Zwei Tage, die auch meinen Blick dafür geschärft haben, wo wir hinwollen und was dafür noch alles zu machen ist.

Mein Fazit: Wir haben die richtigen Ziele und viel Arbeit vor uns. Ich freue mich drauf, daran mitzuarbeiten!



Wir brauchen mehr Frauen in der Politik!

Deshalb ist es mir wichtig, junge Frauen über meine Arbeit als Abgeordneter zu informieren und hoffentlich auch dafür zu begeistern.

In Berlin bekommst du die Gelegenheit mich zu begleiten. Du erlebst also hautnah wie Politik gemacht wird.

Auf dem Programm stehen u.a. Gespräche mit PolitikerInnen, die Teilnahme an einer Plenarsitzung, eine Führung durch das Reichstagsgebäude und das Kennenlernen der Abläufe in meinem Abgeordnetenbüro.

Du hast Interesse? Dann bewirb dich bis zum 28. Februar 2023 mit einem kurzen Anschreiben und Angabe deiner Kontaktdaten, deines Alters und deiner Schule. Per E-Mail an: matthias.mieves.wk@bundestag.de

Neues aus dem Wahlkreis:

Tonnenweise Klebsand in Eisenberg - Was macht die Firma EKW damit

Seit 120 Jahren sind die Eisenberger Klebsandwerke in Eisenberg bereits ansässig. Das weltweite Unternehmen hat dort ein 45 Hektar großes Areal und baut Klebsand ab. Aus dem Natursand werden feuerfeste Stoffe hergestellt. Dies wird zum Beispiel in der Gussindustrie gebraucht, um Firmen zur Produktion von Metallteilen herzustellen. Die Leiter der Abteilungen Produktion sowie Forschung und Entwicklung führten mich in ihrem Bereich herum und erklärten mir die Arbeit. So wird aktuell im Labor an einem Klebsand-Schaum gearbeitet, der in Zukunft für die Dämmung und Sanierung von Altbauten genutzt werden kann. In der Produktion wurden mir die sogenannten Big-Bags gezeigt, wo die fertigen Produkte hineinkommen – rund 40.000 Tonnen pro Jahr! Ebenso konnte ich mich mit dem Geschäftsführer unterhalten. Themen hierbei waren die Energiekrise, die Azubisuche und die Wettbewerbsfähigkeit. Mit insgesamt 150 Arbeitsplätzen in Eisenberg ist das Unternehmen ganz wichtig für unsere Region. Danke an das ganze Team für diesen spannenden und lehrreichen Besuch!



50 Millionen Euro für Denkmalschutz-Programm



Der Bundeshaushalt sieht im Jahr 2023 insgesamt 50 Millionen Euro zusätzlich für ein neues Denkmalschutz-Sonderprogramm XII (DS XII) vor. Hierbei werden Maßnahmen, die die Erhaltung des kulturellen Erbes und der kulturellen Vielfalt betreffen, mit maximal 50 Prozent der förderfähigen Kosten gefördert. Ziel ist der Substanzerhalt und die Restaurierung national bedeutsamer oder kulturelle Erbe mitprägender Kulturdenkmäler sowie historische Orgeln. Bundestagsabgeordnete haben zusätzlich die Möglichkeit Projekte zu unterstützen und können demnach die Möglichkeit einer Förderung erhöhen. Für weitere Infos und Fragen stehen mein Tea und ich zur Verfügung,

Förderung des DFKI

Das DFKI in Kaiserslautern erhält für das Projekt „KI Kompass Inklusiv“ vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales eine Zuwendung in Höhe von sage und schreibe 1.740.253,84€.

Hiermit will das Institut ein Kompetenzzentrum für durch Künstliche Intelligenz gestützte Assistenztechnologien aufbauen, die die Inklusion im Arbeitsleben verbessern sollen. Dabei wird eine Infrastruktur geschaffen, die digitale Transformationsprozesse in der beruflichen Rehabilitation sowie in Unternehmen weiter vorantreiben.

Damit erhält Kaiserslautern eine sehr hohe Fördersumme, die auch der Inklusion zu Gute kommt. Eine tolle Sache!



Mit dem Akkuzug leise und klimafreundlich durch die Pfalz

Ab Dezember 2025 sollen akkubetriebene Fahrzeuge schrittweise die Dieselszüge ablösen. Die Akkuzüge werden auf dem 240 km langen Streckennetz in der Süd- und Westpfalz verkehren. Dafür entstehen fünf Oberleitungsinselanlagen (OLIA), an denen die Züge während der normalen Haltezeit mit Bahnstrom aus großteils erneuerbaren Energien geladen werden. Insgesamt sollen 44 Fahrzeuge zum Einsatz kommen. Dieses Pilotprojekt bietet auch eine große Chance, in der Zukunft möglicherweise die Rheinland-Pfälzische Technische Universität Kaiserslautern und Landau ohne Umstieg zu vernetzen.

Das Projekt nennt sich Akkuzug Pfalznetz und ist ein Gemeinschaftsprojekt des Zweckverbandes Schienenpersonennahverkehr (SPNV) Rheinland-Pfalz Süd, des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität RLP und der Deutschen Bahn.



Hier war ich auch:



Wahlkampfstand in KL



Neujahrsempfang in Weilerbach



Interview mit ZDF WISO zur Corona Warn App



Mitgliederversammlung OV Alsenz



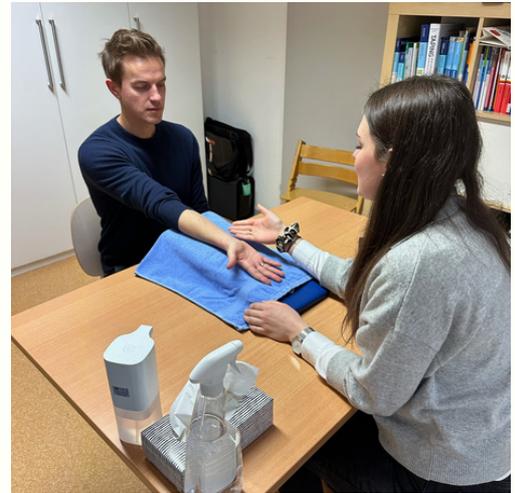
Interview bei Antenne KL



Neujahrsempfang GV Lauterecken Wolfstein in Oberweiler-Tiefenbach



Festlicher Auftakt der Rheinland-Pfälzisch Technische Universität



Ergotherapie & Pädagogikpraxis W. Scheid

Neues aus Berlin:

Win-Win für Start-Ups, kleine und mittlere Unternehmen und kommunale Verwaltungen

Wie findet eine Stadt- oder Gemeindeverwaltung den richtigen Anbieter für ein neues, komplexes Projekt? Und wie erfahren innovative kleine und mittlere Unternehmen (KMUs) und Start-Ups von diesen Projekten?

Das Kompetenzzentrum für innovative Beschaffung (KOINNO) des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz hat mit dem KOINNOvationsplatz (<https://app.koinnovationsplatz.de/>) eine Online-Plattform eingerichtet, die öffentliche Auftraggeber und innovative KMUs sowie Start-Ups schnell, kostenfrei und unkompliziert zusammenbringt. Der „Marktplatz der Ideen“ gehört zu den Maßnahmen der Bundesregierung von Olaf Scholz, die die Rahmenbedingungen von Start-Ups am Standort Deutschland verbessern soll.





Zukunftspaket für Kinder und Jugendliche

Wer wüsste besser, was für Kinder und Jugendliche wichtig ist, als die Kinder und Jugendlichen selbst? Das Zukunftspaket ist ein Förderprogramm für Projekte von Kindern und Jugendlichen in den Themenfeldern Bewegung, Kultur und Gesundheit.

Dabei sollen sie eigene Projektideen umsetzen können. Außerdem bekommen Träger und Kommunen Impulse, mehr Angebote für Kinder- und Jugendbeteiligung zu schaffen. Das Programm läuft von 01.01.2023 bis zum 31.12.2023.

Gesamtvolumen: 55 Millionen Euro

Der Antrag auf Förderung ist vor Beginn der Projekte zu stellen. Ab Januar 2023 gibt es eine kostenlose Beratungshotline für Kinder und Jugendliche, Träger sowie Kommunen. Telefonnummer: 0800-6647766

Alle relevanten Regelungen und Unterlagen unter www.das-zukunftspaket.de

Die Fachkräftestrategie der Bundesregierung

Der zunehmend spürbare demografische Wandel, die schnell voranschreitende Digitalisierung und die notwendigen Klimaschutzmaßnahmen mischen vielerorts vorhandene Strukturen auf. Während es in einigen Branchen und Regionen Deutschlands zum Abbau von Arbeitsplätzen kommt, werden andernorts dringend Fachkräfte gesucht, teilweise mit gänzlich neuen Qualifikationen.

Deshalb haben wir Einiges vor:

- Es geht um zeitgemäße Ausbildung und gezielte Weiterbildung – dazu haben wir mit dem neuen Bürgergeld schon einen ersten Schritt gemacht und werden diesen Weg mit einem neuen Weiterbildungsgesetz fortsetzen.
- Wir wollen vorhandene Potenziale besser nutzen – beispielsweise durch verbesserte Betreuungsmöglichkeiten dafür sorgen, dass mehr Frauen ihren Berufswünschen nachgehen können.
- Und nicht zuletzt sind wir auch darauf angewiesen, dass mehr Fachkräfte aus dem Ausland zu uns kommen. Das gehen wir in diesem Jahr mit dem neuen Fachkräfteeinwanderungsgesetz gezielt an.



Neues aus den Ausschüssen Digitales und Gesundheit:

Verordnungen in der Videosprechstunde

In Deutschland stellt nicht nur die Politik die Weichen im Gesundheitswesen. Die Selbstverwaltung gestaltet die konkrete Regelsetzung. Das oberste Gremium dieser Selbstverwaltung, der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA), hat nun beschlossen, dass Ärzte und Psychotherapeuten in Zukunft auch in der Videosprechstunde Medikamente oder Dinge wie Krankenpflege zu Hause oder Rehabilitation verordnen dürfen. Allerdings gibt es ein paar Regeln dafür: der Patient muss der Praxis bekannt sein und es muss sich um Folgeverordnungen handeln. Telemedizin darf die Versorgung vor Ort nicht ersetzen, sie soll sinnvoll ergänzen. Im konkreten Fall spart es in der Praxis Zeit und erspart PatientInnen den Weg zur Praxis. Mir ist es wichtig, allen Beteiligten die Arbeit zu erleichtern. Damit bleibt mehr Zeit für die eigentliche Behandlung und für das Gesund werden. Die Versorgung vor Ort muss aber auch möglich bleiben, denn nicht alles geht per Telefon oder Videosprechstunde. Ich werbe dafür und arbeite weiter daran, Versorgung digital zu denken und hier Potenziale zu heben.



„Heiterkeit im Plenum“: meine Dezember-Rede zum AfD-Antrag

Die AfD versucht schon eine ganze Weile, einen Zusammenhang zwischen Impfung und Todesfällen zu konstruieren. Ich habe dazu im Deutschen Bundestag gesprochen, was die rechte Seite des Plenums eigentlich gemacht hat. Sie haben nämlich schlicht und einfach eine falsche Stichprobe benutzt. Die Menschen, die diese Daten erhoben haben, haben selbst gesagt: Leute, passt bitte auf! Da sind Fehler drin. Es gibt sogar eine plausible Erklärung dafür. Es sind nämlich Eingabefehler. Das hat das Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung ganz im Detail erklärt, während die AfD weiter versucht hat, einen Zusammenhang zu konstruieren. Hier könnt ihr euch meine Rede genau ansehen:

<https://bit.ly/3DyAzzf>

Ich werde dem weiter entgegentreten und mit dem Ministerium zusammen daran arbeiten, dass wir eine bessere, zuverlässige Datengrundlage haben, auf der wir gemeinsam diskutieren können. Und den Lügen der AfD werde ich weiter in aller Schärfe entgegentreten.



Transfusionsgesetz – notwendige Neuregelung

Im Gesundheitssystem geht es oft um Personal, um Geld und um Medikamente. Wenn es an einer Stelle knapp wird, dann leidet die Versorgung. Dann sterben Menschen. In der Notfallmedizin merkt man das sofort. Gerade da werden auch Blutkonserven dringend benötigt. In Deutschland spenden viele Menschen Blut, aber es gibt auch Menschen, die nicht spenden dürfen. Dafür gibt es viele gute Gründe, zum Beispiel weil sie gerade krank sind oder dem Risiko einer Infektion ausgesetzt waren. Die Blutkonserven sollen ja sicher sein. Allerdings dürfen auch viele Menschen auf Grund ihrer sexuellen Orientierung oder der Geschlechtsidentität kein Blut spenden. Und nun haben wir den Salat: Die Spendenquote ist viel zu gering. Die aktuell vorhandenen Blutkonserven reichen lediglich für den täglichen Bedarf der Krankenhäuser und nicht wie vorgesehen 5 Tage. Es ist eine "absolut rote Linie erreicht". Die Diskriminierung werden wir nun ändern!



Schulstraße 5
67655 Kaiserslautern

Bahnhofstraße 3a
67806 Rockenhausen

0631 69550 / 0151 10377531
matthias.mieves.wk@bundestag.de

www.matthiasmieves.de

Matthias Mieves
Bundestagsabgeordneter
für die Westpfalz

